

Bezugspreis: Vom 1.-10. November 42 Milliarden Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 1.-10. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Desterreich, Litauen, Luxemburg 53 Milliarden, für das übrige Ausland 63 Milliarden. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Seinewelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einspaltige Nonpareilzeile 0,70 Goldmark. Reklamazeile 1,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (galtig für zwei fertige Zeilen). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 12 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Wittwoch, den 7. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Tidonts-Gesellschaft, Depotsenkasse Lindenstraße 3

Schützt die Republik!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Von außen aufs schwerste bedrückt und inmitten einer scharf zugespitzten innerwirtschaftlichen Krise wird die Reichseinheit und der Bestand der Republik durch gewalttätigen Ansturm gefährdet. Die durch die Weimarer Verfassung gewährleisteten Volksrechte sind bedroht.

Die soziale und wirtschaftliche Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentner und der übrigen unbemittelten Volksschichten wird von Tag zu Tag unerträglich. Kommt dazu noch der Kampf der einzelnen Volksgenossen gegeneinander, so werden damit die letzten Möglichkeiten einer Behebung der außen- und innenpolitischen Nöte zerstört.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Verbände als Vertretung des werktätigen Volkes rufen ihre Mitglieder und alle übrigen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Volksgenossen auf, sich zum Schutze der Verfassung und der Republik zur Verfügung zu stellen, wie auch die Gewerkschaften selbst ihre Organisationen zur Abwehr bereitstellen.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände.
- Allgemeiner freier Angestellten-Bund.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Deutscher Beamten-Bund.

Die Schupo sucht Beamte.

Zur Ausfüllung der Feststellen stellt die Schutzpolizei Berlin bis zu 2500 Leute ein, die im Alter von 23 bis 35 Jahren stehen. In Betracht kommen unbedingt verfassungstreue Männer, die für den Polizeidienst körperlich und geistig geeignet sind. Mindestgröße 1,66 Meter.

Als Feststellen für den Eintritt in die Schutzpolizei gelten folgende Polizeieinspektionen: Polizeieinspektion Charlottenburg, Westendkaserne Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Strasse 3; Polizeieinspektion Spandau, Alte Moritz-Kaserne, Spandau, Moritzstr. 10; Polizeieinspektion Wilmersdorf, Westendkaserne Charlottenburg, Königin-Elisabethstr. 3; Polizeieinspektion Zehlendorf in Zehlendorf, Leitower Chaussee, Haus Schönau; Polizeieinspektion Linden, Alexanderkaserne Ost, Prinz-Friedrich-Karl-Strasse 1/2; Polizeieinspektion Tiergarten, Kaserne Kar-

straße 34/35; Polizeieinspektion Alexander, Alexanderstr. 56; Polizeieinspektion Zentrum in Charlottenburg, Schlossstr. 1; Polizeieinspektion Prenzlauer Berg, Prinz-Friedrich-Karl-Strasse 1/2; Polizeieinspektion Kreuzberg, Kaserne Friesenstrasse 16; Polizeieinspektion Schöneberg, Immelmann-Kaserne 1; Polizeieinspektion Siedlich in Groß-Lichterfelde, Staatliche Bildungsanstalt; Polizeieinspektion Tempelhof, Prinz-August-von-Württemberg-Strasse 3; Polizeieinspektion Wedding, Matäfer-Kaserne, Chausseestr. 95; Polizeieinspektion Reinickendorf, Luftschiffkaserne Leger, Spandauer Weg; Polizeieinspektion Pankow, Matäfer-Kaserne, Chausseestr. 95/97; Polizeieinspektion Friedrichshagen, Köpenicker Strasse 12; Polizeieinspektion Lichtenberg, Wrangelstr. 185; Polizeieinspektion Weichen-see, Wrangelstr. 185; Polizeieinspektion Neukölln, Blücher-Strasse 26; Polizeieinspektion Treptow, ehemalige Nachrichten-kaserne in Treptow, Treptower Bouchéstraße; Polizeieinspektion Köpenick, Siedlung Adlershof; Vertreter: Polizeieinspektion Friesenstr. 16.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Einstellung nach der stattgefundenen ärztlichen Untersuchung unter Beibringung folgender Ausweispapiere erfolgt: Geburtschein, Militärapäß (falls Bewerber geltend hat) und polizeiliches Führungszeugnis. Meldungen bis spätestens 8. November, 1 Uhr mittags. Spätere Bewerbungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Arbeiter, Angestellte, Beamte Groß-Berlins!

Nach einer in der Presse veröffentlichten Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten sollen die Feststellen in der Schutzpolizei unersetzlich aufgefüllt werden.

Kollegen, die gewillt sind, in die Schutzpolizei einzutreten und die in der Bekanntmachung geforderten Bedingungen erfüllen, müssen sich sofort bei den Berliner Verwaltungsstellen ihrer Gewerkschaften melden.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.
Sabath.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.
Platau. Wenzow.

Allgem. Deutscher Beamtenbund, Ortsauschuß Groß-Berlin.
Räpke.

Parteigenossen!

Bezugnehmend auf obigen Aufruf der Gewerkschaften fordern wir die Kreise auf, alle Genossen, die sich für die Schutzpolizei zur Verfügung stellen, anzuweisen, sich sofort bei den Berliner Verwaltungsstellen ihrer Organisationen zu melden.

Bezirksverband der VSPD, Groß-Berlin.
Koch.

Das neutrale Frankreich.

Hinter den Kulissen der Rheinlandpolitik.

Die belgische Regierung hat, wie erinnerlich, ihrer Befehlshaberbehörde am Niederrhein den Befehl gegeben, der Sonderbündlerbewegung jede Unterstützung zu verweigern. Darauf war der Separatistensput in Krefeld und Aachen in wenigen Stunden erledigt. Frankreich scheint dieses Vorgehen seines Bundesgenossen nicht stillschweigend hinnehmen zu wollen. Wie die „Times“ in einem längeren Artikel ausführen, verliert die französische Regierung auf Belgien einen Druck auszuüben, um eine neue Schwentung in der belgischen Rheinlandpolitik herbeizuführen. Auch das ist ein Beweis dafür, was von den Neutralitätsversicherungen Frankreichs in der Separatistenfrage zu halten ist. Das englische Blatt, dem man Boreingenommenheit für Deutschland nicht nachsagen kann, macht aus keiner Entrüstung über das Verhalten Frankreichs keinen Hehl. Es sei allgemein klar, so heißt es da, daß, wenn die Franzosen ebenso entschlossen wie die Belgier die Grundsätze strenger Neutralität beobachten würden, der bewaffnete Angriff durch verrufene Marodeure auf Städte und Dörfer im besetzten Gebiete an einem Tage erledigt werden könnte. Es sei tief bedauerlich, daß die französische Politik der Unterstützung der Separatisten im Rheinland sich nicht gelockert, sondern im Gegenteil verschärft habe. Es gehört der Mut der Unerschrockenheit dazu, wenn das offiziöse Frankreich trotzdem zu behaupten wagt, die Sonderbündlerbewegung sei aus der rheinischen Bevölkerung selbst hervorgegangen und Frankreich habe mit ihr nichts zu tun.

„Gesinde!“ — Ein Belgier über Sonderbündler.

Der Vertreter des Brüsseler „Peuple“, Genosse Denis, der während der separatistischen Unruhen im Rheinland weilte, schreibt unter der Überschrift „Gesinde!“ über die Zusammenkunft der „rheinischen Truppen“:

„Als ich von Köln nach Brüssel fuhr, sah ich im Bahnhof von Kaden eine Abteilung von rund 700 Separatisten ankommen. Sie hatten als Uniform eine grüne Mütze. Die Führer trugen die grün-

weiß-rote Armbinde. Was sowohl die Führer wie die Leute angeht, so habe ich nie eine solche Vereinigung bestialischer Gesichter gesehen. Leute, die zu allem entschlossen sind, die sich dem Weisheitsdienenden verkaufen, immer bereit, wenn man morden und plündern kann: Gesindel! Die 700 Burken, von denen ich spreche, haben sich dann in den beiden Wartehäusern des Bahnhofes verteilt. Sie hatten an jedem Eingang einen Wächter mit einem Knüttel aufgestellt und ließen in den Saal nur Belgier und die Deutschen, die einen Paß der „rheinischen Regierung“ hatten. Das geschah in einem Bahnhof der Regie der rheinischen Bahnen, der also der Kontrolle der belgischen Behörden untersteht. Mit welcher Berechtigung erlauben sich die Separatisten diese Handlungsweise? Ich vergaß zu erwähnen, daß einige Führer den Degen trugen. Nochmals: auf Grund welcher Berechtigung?“

Die Angst vor dem Chaos.

Frankreich isoliert.

Paris, 6. November. (EP.) Die „Paris Evening Telegrammes“ melden aus Washington, daß Staatssekretär Hughes Jussurand in der gestrigen Unterredung ersucht habe, von der französischen Regierung eine Abänderung der einschränkenden Bedingungen Poincarés zu verlangen. In Washington sei man allgemein der Ansicht, daß Amerika sich England, Italien und Belgien zur Bildung einer unabhängigen Sachverständigenkonferenz anschließen würde. Man sei der Ansicht, daß Deutschland dem Chaos nahe sei und daß, wenn nicht sofort eine Entscheidung getroffen werde, jede spätere Diskussion über die Reparation nutzlos sein werde.

London, 6. November. (IU.) Aus New York wird gemeldet: Das Staatsdepartement teilt mit, daß die englische, italienische und belgische Regierung den Hughes'schen Plan einer neuen Reparationsfestsetzung angenommen habe. Die französische Regierung hat das Staatsdepartement von ihrer Bereitwilligkeit unterrichtet, eine Herabsetzung der Reparationen unter der Voraussetzung zu erörtern, daß die Vereinigten Staaten eine Herabsetzung der französischen Kriegsschulden erwägen werden. Staatssekretär Hughes wird dieses Ansinnen zurückweisen.

Das Versagen der Mitte.

Die „nationale Diktatur“, mit der Deutschland beglückt werden soll, kündigt sich mit Judenhetzen an. Eine offenbare Minderheit hofft, in den nächsten Tagen ihre Gewalt Herrschaft über die übrigen Teile des deutschen Volkes antreten zu können. Sie begründet ihre umstürzlerischen Absichten mit dem „Versagen der parlamentarischen Demokratie“.

Eigentlich müßten die stark, wenn auch schieb außenpolitisch eingestellten Diktaturapostel bemerken, daß gerade die stärksten Mächte der Welt — Amerika, England, Frankreich — auf demokratischer Basis ruhen, und daß es gerade die autokratischen Mächte waren, die im Weltkrieg zuerst zusammenbrachen. Aber zugegeben ist, daß ihre These vom „Versagen der parlamentarischen Demokratie“ durch gewisse Erscheinungen im parlamentarischen Leben Deutschlands gestärkt wird.

Aber in diesem Augenblick, der nach außen und innen die stärkste Konzentration der Kräfte erfordert, haben wir eine Regierung, die sich einstweilen nicht vor den Reichstag traut, weil sie nicht weiß, woher sie ihre Mehrheit nehmen soll.

Im Reichstag bestehen zwei Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung. Die eine ist der Bürgerblock und die andere die Koalition bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien der Mitte müßten unter diesen Umständen führend sein. Sie können theoretisch mit den Deutschnationalen oder mit den Sozialdemokraten eine Mehrheit bilden, praktisch aber können sie weder das eine noch das andere.

In diesem Versagen der bürgerlichen Parteien der Mitte liegt eine der Hauptursachen unserer Verwirrung und unseres Unglücks.

Seit den Wahlen von 1920 haben wir zwei Regierungen der bürgerlichen Mitte gesehen, die zwischen rechts und links hilflos hin- und herbalanzerten: die Regierungen Fehrenbach und Cuno. Und wir haben zwei Koalitionsregierungen gesehen: die Regierung Wirth, die sich auf Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten stützte (alte Koalition), und die Regierung Stresemann, die auch noch die Volkspartei mitnahm (große Koalition).

Von allen diesen Regierungen hat sich die Regierung Wirth die längste Zeit am Ruder gehalten, nämlich anderthalb Jahre. Sie setzte sich durch, obwohl sie den größten Teil dieser Zeit über auch keine feste Mehrheit hatte, da Zentrum, Demokraten und Sozialdemokratie — vor der Vereinigung — dazu nicht ausreichten. Aber weder die Unabhängigen noch die Volksparteier legten es auf ihren Sturz an. Durch die Vereinigung der Sozialdemokratie bekam sie nun auch noch eine sichere Mehrheit. Aber in diesem Augenblick bekamen es Zentrum und Demokraten mit der Angst, der Einfluß der zahlenmäßig gestärkten Sozialdemokratie könnte zu stark werden; sie suchten deshalb Anlehnung bei der Volkspartei und drängten, jetzt vor einem Jahr, ultimativ auf Bildung der großen Koalition. Sie erreichten damit nichts als den Sturz der Regierung Wirth.

Es kam die Regierung Cuno, und die Parteien der Mitte wurden ihre eifrigsten Stützen. Noch sind es keine drei Monate her, und doch hat unsere kurzlebige Zeit schon wieder vergessen, daß die Aera Cuno gewissermaßen eine Generalprobe für die nationale Diktatur gewesen ist. Die Diktaturapostel haben freilich dabei nichts anderes gelernt, als daß das Stück noch viel kräftiger gespielt werden müsse. Die außenpolitischen Ungeschicklichkeiten der Cuno-Regierung genügen ihnen nicht, es muß ganze Arbeit gemacht werden.

Nach dem traurigen Zusammenbruch Cunos erfüllte die Sozialdemokratie den bürgerlichen Parteien ihren seit drei Jahren gekerbten Wunsch. Sie vollzog ihren Eintritt in die große Koalition. Zwar hätte die alte Koalition jetzt auch eine breite Basis gehabt, aber die große hatte eben die „breiteste“, und nun sollte das parlamentarische System zeigen, was es leisten konnte.

Aber o weh! Nach einem ersten Bruch und einer einmaligen Meinung brach das Wunderwerk total auseinander. Auch in der alten Koalition hatte es Meinungsverschiedenheiten gegeben, aber es war immerhin anderthalb Jahre lang gelungen, sie auszugleichen. Dieser Ausgleich mißlang bei der großen Koalition gleich in den ersten Wochen zweimal, das zweitemal mit endgültigem Todeserfolg. Der Vergleich zeigt deutlich genug, daß es nicht die Unerschrockenheit oder der übertriebene Machtanbruch der Sozialdemokratie war, der das Experiment zum Scheitern brachte.

So hat die Stresemann-Regierung nicht mehr die „breiteste“ Basis und auch nicht die breite Wirth-Basis, sondern nur noch die schmale Fehrenbach- und Cuno-Basis. Mit anderen Worten: sie hängt nach vier Seiten in der Luft.

Wenn ein neuer Apparat in den Händen eines Mechanikers versagt, so kann das am Apparat liegen, aber auch am Mechaniker. Das System der parlamentarischen Demokratie ist noch nicht schlecht, weil diejenigen, denen es anvertraut ist, nicht mit ihm umzugehen verstehen.

In den breitesten Schichten des Bürgertums herrscht die

Ueberzeugung, daß die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland eine nationale Lebensnotwendigkeit ist. Die inneren Kämpfe des alten Reichs hießen Kaiserthum und Reichstag. Das Kaiserthum ist geschichtlich erledigt, wer den Reichstag zerstört, zerstört das Reich.

Das weiß man in breitesten Schichten des Bürgertums. Das weiß man auch in der Arbeiterschaft, die stärker als jede andere Klasse an der Erhaltung des Reichs interessiert ist. Und doch fehlt den bürgerlichen Parteien die Kraft, eine parlamentarische Regierung zu schaffen, die mit dem Ruf: „Für Reichseinheit und Republik!“ die Massen mit sich fortzieht und die Reichsvererber zu Boden wirft.

Deutschland geht zugrunde, weil das Bürgertum in keiner kritischen Stunde seine politische Aufgabe erkannt hat. Wohl haben die Demokraten einen Aufruf erlassen, der weitgehend wirksam wurde — aber steht hinter ihnen der politische Wille breiter bürgerlicher Schichten? Und werden sie aus ihm die politischen Konsequenzen ziehen?

Was wird aus der Regierung?

Verhandlungen mit den Deutschnationalen!

In Reichstag hielten am Dienstag die Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten Fraktionsbesprechungen ab, deren Verhandlungen sich hauptsächlich darauf richteten, ob eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung möglich sei. Eine Lösung dieser Frage auf parlamentarischer Grundlage wird allerdings nicht für möglich gehalten, wohl aber meinen die Deutschnationalen, daß sie unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierungsform der Frage ihres Eintritts in die Regierung näherzutreten könnten, wenn die klare Richtlinie, die sie verfolgen, innegehalten werden kann. Diese geht dahin, daß sie eine Verständigung unter allen bürgerlichen Parteien über die Befestigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse für möglich halten und sie die Verantwortung innerhalb der Regierung nur dann übernehmen könnten, wenn sie in der Regierung so vertreten wären, daß sie sich durchsetzen könnten. Diese Voraussetzung müßte ferner vor allem dadurch erfüllt werden, daß alsbald auch die Zusammensetzung der preussischen Regierung entsprechend geändert würde.

Innerhalb der Deutschen Volkspartei, deren Fraktionsführung für streng vertraulich erklärt wurde, besteht starke Neigung, den Deutschnationalen entgegenzukommen. Jedoch sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. An der Fraktionsführung nahm in den späten Abendstunden auch der Reichskanzler Dr. Stresemann teil.

Die demokratische Fraktion verhielt sich in ihrer Dienstbesprechung gänzlich ablehnend gegenüber dem Gedanken, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen. Sie sieht keinen Anlaß, ihre Minister zurückzuziehen und wünscht, daß in der jetzigen Zeit die Regierung bestehen bleibt.

Die Zentrumsfraktion hatte in ihrer letzten Sitzung beschlossen, im Gegensatz zu der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei keinen Sonderaufruf im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung zu veröffentlichen. Diese Haltung wurde in der Fraktion damit begründet, der Aufruf der Reichsregierung belege alles, was gegenwärtig über die inneren Gefahren zu sagen sei. Das Zentrum würde einen Sonderaufruf nur dann für zweckmäßig erachten, wenn alle Koalitionsparteien, also auch die Deutsche Volkspartei, denselben Weg ginge.

Schwenkung der Bayerischen Volkspartei.

München, 6. November. (WZ.) Auf der nordbayerischen Vertrauensmännerkonferenz der Bayerischen Volkspartei in Bamberg nahmen die Abgeordneten Leicht und Held zu den politischen Fragen der Gegenwart Stellung. Abgeordneter Leicht äußerte dabei u. a., wenn ein bürgerliches Reichskabinett möglich sei, werde die Bayerische Volkspartei sich an der Regierungsbildung beteiligen. Für die Bayerische Volkspartei gebe es kein Großpreußen mehr, sondern nur ein Großdeutschland

auf föderalistischer Grundlage. Der Parteiführer Abgeordneter Held kam auf Treiberleistungen in den bayerischen Verbänden zu sprechen. Man vergesse, daß, ehe die bayerischen Verbände da waren, die Bayerische Volkspartei auf der Wacht stand und daß es ohne die Bayerische Volkspartei auch keine Rahr-Politik gebe. Der Redner verurteilte weiter scharf den Rationalsozialismus.

Wo stehen wir?

„Das Volk muß Brot haben. Das ist die Forderung der Stunde. Die kompliziertesten Probleme der inneren und äußeren Politik Deutschlands laufen jetzt aus in die banale Forderung: wie gebe ich dem Volke Brot? An sich gibt es Brot genug in Deutschland. Die Ernte ist erst vor kurzem eingebracht. Sie war nicht schlecht. Graf Westarp sagte neulich im Reichstag: „Das deutsche Volk verhungert bei vollen Scheunen.“ Warum dieser Wahnsinn?

Es ist Aufgabe der Regierung, das Mißtrauen, das der Landwirt hegt, zu überwinden. Er muß das sichere Gefühl bekommen, daß er für das, was er jetzt den hungernden Städten gibt, wenn nicht sofort, so doch in naher Zukunft den vollen Gegenwert erhält. Dieses Vertrauen kann ihm nur eine starke Regierung geben, eine Regierung, zu der er selber Vertrauen hat. Herr Stresemann hat erst gestern erklärt, daß er an der Macht bleiben will, und er hat diese Ansicht mit Argumenten gestützt, deren Eindringlichkeit sich niemand verweigern kann. Die Erklärung des Reichskanzlers, unter allen Umständen an der Macht bleiben zu wollen, kann unter diesen Umständen also nur ein Ausdruck der Zuversicht des Herrn Stresemann sein, es müsse und werde ihm gelingen, das Vertrauen der Landwirtschaft in die Stabilität der deutschen Verhältnisse zu erwerben und so die Fundamentalaufgabe seiner Politik zu lösen: das deutsche Volk mit Brot zu versorgen. Wir hoffen aufrichtig, daß ihm diese schwere Aufgabe gelingen wird, denn ohne ihre Erfüllung wäre nicht nur ein Kabinett Stresemann, sondern auch jedes andere Kabinett in Deutschland zurzeit unmöglich.“

Wo das steht? In derselben „WZ.“ des Herrn Stinnes, die bisher nichts unersucht ließ, um den Reichskanzler Stresemann kaltzustellen, in der „WZ.“ des Herrn Stinnes, die noch vor kurzem so beweglich für eine völlige Diktatur eintrat, für die der Generaldirektor Winow bereits freigestellt wurde.

Warum diese plötzliche Schwankung? Hofft Herr Stinnes den Reichskanzler Stresemann über den Kopf des Zentrums und der Demokraten hinweg in das deutschnationale Lager treiben zu können, oder glaubt er angesichts der katastrophalen Wirkung seiner Spielereien mit deutschösterreichischen Putsch- und Diktatorplänen eines Ludendorffschen Aibis nicht entbehren zu können?

Die Reichswehr in Thüringen.

Erstaunliche Mißverständnisse.

Weimar, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Der thüringische Staatsminister erhielt am Dienstag vormittag folgendes Schreiben des Generals Reinhardt aus Stuttgart: „Die Lage in und um Thüringen ist bedrohlich und erfordert Reichswehrverstärkung.“

Täglich laufen beim Militärbefehlshaber zahlreiche Hilferufe der thüringischen Bevölkerung ein, die um Beistand gegen den Terror aller Art durch die proletarischen Hundertschaften bitten. Diese Hundertschaften sind trotz der Weitergabe meines Aufhebungsbefehls durch die thüringische Regierung in der Tat nicht aufgelöst oder sie sind in republikanische Rotwehren umgebildet worden, ohne daß ihre Zusammensetzung und die Art ihrer öffentlichen Betätigung geändert ist.

Dieser Zustand ist für große Teile der Bevölkerung unerträglich und wird die schwerwiegendsten Folgen haben, indem einmal eine Einschränkung der Produktion und des Warenaustausches droht und ferner die vergewaltigten Teile der Bevölkerung nach illegaler Unterstützung ausschauen, was in mancher Hinsicht schon nahegerückt zu sein scheint.

Ich habe daher den Kommandeur der 8. Kavalleriebrigade, Herrn Generalleutnant Hoffe, beauftragt, bei der augenblicklichen bedrohlichen Lage in Thüringen durch die ihm zur Verfügung gestellten Reichswehrruppen nach meinen Weisungen der Thüringer Landespolizei einen festen Rückhalt zu geben und die Auflösung und Entwaffnung der Hundertschaften durchzuführen.

Zu diesem Zwecke wird Polizeioberst Müller-Brandenburg mit der thüringischen Landespolizei dem Generalleutnant v. Hoffe unterstellt.

Major Curje bleibt mein Verbindungsoffizier bei der thüringischen Regierung in Weimar.“

Gotha, 6. November. (WZ.) Heute beim Morgengrauen wurde die Stadt Gotha und die umliegenden Ortschaften durch Reichswehrrabteilungen besetzt. Es handelt sich um eine Polizeiaktion zur Durchführung der Auflösung der kommunistischen Hundertschaften. Es wurden die wichtigsten Gebäude der Stadt besetzt und Verhaftungen kommunistischer Führer vorgenommen. Umfangreiche Durchsuchungen nach Waffen erfolgten. Weiter wurde die Druckerei des „Vollblattes“ besetzt und versiegelt. Nach beendeter Aktion wird die Truppe Gotha wieder verlassen, wahrscheinlich noch heute.

Stuttgart, 6. November. (WZ.) Das Wehrkommando 5 teilt mit: Ueber die Ansammlung von Kampfverbänden an der bayerischen Nordgrenze werden aus thüringischer Quelle stammende beunruhigende und stark übertriebene Nachrichten, selbst von amtlichen Behörden, verbreitet. Solche alarmierenden Meldungen amtlicher höherer Organe, die von ihrer eigenen Regierung nach einer Nachprüfung an Ort und Stelle demontiert werden mußten, sprachen u. a. von einer Versammlung von vier Infanterie-Regimentern und großen Artilleriemassen, von der Aufstellung von Batterien, sogar auf thüringischem Boden, der eigenen Bezirke der meldenden Behörden, und dergleichen mehr. Tatsächlich sind, wie eine sorgfältige Nachprüfung ergeben hat, lediglich bayerische Landespolizei, allerdings verstärkt durch 2000 Mann Hilfspolizei, die ortsansässigen Organisationen entnommen sind, an der Grenze. Die Nachricht, daß Truppen der 7. (bayerischen) Division an der bayerischen Nordgrenze stehen, trifft nicht zu.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht in einem Weimarer Eigentelegramm vom gleichen Tage sein Erstaunen über die militärischen Maßnahmen in Thüringen aus: „Maßnahmen, die um deswillen überraschen müssen, weil bis heute die Ruhe in allen Teilen Thüringens geradezu musterhaft gewesen ist.“

Das Erstaunen wird um so größer durch den Umstand, daß das Wehrkommando 5 nicht nur die Lage in Thüringen durch schwarzgefärbte, sondern auch die in Nordbayern durch rosagefärbte Brillengläser betrachtet.

Nach unferen Informationen ist aber die Reichswehr nicht nach Thüringen geschickt worden, um politische Berichte zu verfassen; sie ist auch nicht dorthin geschickt worden, um die nichtgestörte Ruhe und Ordnung im Lande selbst wiederherzustellen, sondern sie ist dorthin geschickt worden, um die Grenze gegen die faschistischen Banden in Nordbayern zu schützen. Soviel uns bekannt, hat die Reichswehr in dieser Beziehung ganz klare Befehle. Wir erwarten daher, daß sie ihre „Polizeiaktion“ in Thüringen sofort beenden wird, ohne in der republikanisch gesinnten Bevölkerung des Landes noch größere Beunruhigung zu schaffen, und daß sie sich schleunigst ihrer eigentlichen Aufgabe zuwenden wird.

Der thüringische Ministerpräsident Genosse Frölich ist nach Empfang des vom General Reinhardt an das thüringische Staatsministerium adressierten Schreibens sofort zur Beschwörung nach Berlin abgereist. Er verhandelte zunächst noch am Dienstagabend mit dem Reichswehrminister und später mit dem Reichspräsidenten.

Annahme des jugoslawischen Ultimatums. Nach einer Havas-Meldung hat die bulgarische Regierung das jugoslawische Ultimatum angenommen.

Der Finger des Kaisers.

Von Karl Fischer.

Achtung! Augen rechts! kommandiert die Reaktion, und die reichstretenden Bayern lauschen mit angehaltenem Atem auf die Reden der helden Hiltler und Ludendorff. Da heißt es auch für uns, die Hakenkreuzfahne hochzuhalten und sich beizeiten beliebt zu machen bei denen, die da kommen sollen.

Wie aber könnte man das ausdrucksvoller und eindringlicher tun als dadurch, daß man sich der großen Gestalten aus Deutschlands Geschichte erinnert, ihrer Heldentaten und edlen Handlungen, vor allem jenes Mannes erinnert, der heute als Hohlhader in Holland hockt.

Ganz beiseiden und schlicht mit kleinem Hofstaat, und der so feiner selbst vergißt, daß er nicht mal den Marschallstab beim Hofball in der Hand hat, den prächtigen, historischen Marschallstab, den er früher niemals ließ und auch dann nicht beiseite legte, wenn er jenen Ort aufsuchte, auf dem auch Kaiser allein sein müssen. Mit Recht konnte daher früher ein Lied lobend von ihm sagen: „Und selbst dort, wie interessant, hält er den Marschallstab in seiner Hand!“

Vieles und gar Vieles ist uns von der Deutseligkeit des Kaisers immer schon erzählt worden. Am lauesten und lebendigsten jedoch erzählt man das aus einem Buch, das unlängst erschienen ist und das der einstige Hofmarschall Graf Robert Zedlitz-Trützschler geschrieben hat.

Er war immer um den Kaiser und bei Hofe zu Hause, so daß man an der Wahrheit seiner Worte nicht zweifeln darf.

Wie rührend äußerte sich doch die Liebe des Kaisers für seine Untertanen, wenn er, wie man in dem Buch liest, wiederholt erklärt: „Die Bande muß Steuern bezahlen, bis sie schwarz wird!“ Von der immer wachen Sorge für das Volk sprechen seine in dem Buch aufgezeichneten Worte: „Ich bin dazu da, für meine Untertanen zu denken, aber die Gesellschaft denkt selbst, und das ist das Schlimmste.“

Alle diese Schönheiten indessen übertrifft weit die Geschichte von dem Finger des Kaisers. Die ist so tief und so traut, so innig und voller Gemüt, wie im Volkslied! Also es war mal Hofball, und während des Festes fand sich zum Abendessen um den Kaiser ein kleiner Kreis zusammen. Da man bei Hofe bekanntlich nur echt deutsch dachte und fühlte, nannte man so etwas feingemäß: Souper en petit comité.

Zu diesem Kreis gehörte bei jenem Hofball auch der alte Generalleutnant v. Egloffstein, der darüber klagte, daß ihm der Sekt zu kalt sei. Der Kaiser ließ das Glas wärmen, und als Herr v. Egloffstein noch immer nicht mit der Temperatur des Getränkes zufrieden war, nahm der Kaiser das Glas und rührte als ganz besondere Gnade mit dem Finger im Sekt.

Tatsächlich, so sagt Graf Zedlitz-Trützschler in seinem Buch, wurde es denn auch mit großer Devotion aufgekost!

Und so was haben wir verloren!

Unwillkürlich fällt einem dabei das Wort Goethes ein:

Denn er war unser! Mag das stolze Wort den lauten Schmerz gewaltig überdauern!

Das Rätsel des Heerwurms.

Ein alter Aberglaube deutet den Heerwurm als Vorboden eines Krieges, und es war in der Tat eine eigenartige Fügung, daß man im Sommer 1914 in Finkenkrug bei Berlin nach langer Pause einen wirklichen Heerwurm sah. Der Heerwurm gehört also durchaus nicht, wie vielleicht manche glauben, ins Reich der Sage; aber seine Bezeichnung entspricht auch nicht ganz seiner Beschaffenheit, denn das wurmförmige, bis 10 Meter lange Gebilde, das sich dem erstaunten Beschauer zu zeigen pflegt, ist keineswegs ein Wurm, ja überhaupt kein Einzelwesen, sondern eine Gesamtheit vieler Organismen, die in jugenformiger Ordnung, gleich einem kleinen Heer, dahinziehen. Besteht man einen Heerwurm näher, so kann man ganz deutlich erkennen, daß er aus vielen Tausenden von winzigen, fuchstosen, glasig weißen und schwarzköpfigen Maden besteht, die dicht an und übereinandergedrängt und durch eine schleimige Körperauscheidung fest zusammengehalten, sich in der Art der Prozessionsruppen gleichzeitig fortbewegen. Wie die Forschung festgestellt hat, handelt es sich hierbei um die Larven einer zur Familie der Fliegenmücken gehörende Rickenart, und zwar die sogenannte Heerwurm-Trauermücke. Obwohl nun die Wanderzüge der Trauermückenlarven gewöhnlich durch Futtermangel — die Tiere nähren sich von verwesendem Buchenlaub — oder durch sonstige ungünstige Aufenthaltverhältnisse bedingt werden, brachte man das Erscheinen eines Heerwurms doch immer in Zusammenhang mit einer nahen Kriegsgefahr.

Außerordentlich interessant verlief ein neuerdings angestellter Versuch, die willkürliche und regelmäßige Anordnung eines Heerwurms einmal aus allernächster Nähe zu beobachten. Ein Forstmann hatte zu diesem Zweck einen Heerwurm gesammelt und in einer Kiste untergebracht. Man hatte den Inhalt der Kiste dann auf einen großen Tisch geschüttet, und nun war es festzusehen, wie sich aus der regellos durcheinander geworfenen Masse zuerst einige Anführer lösteten, die die Spitze des Zuges bildend, die Richtung festzustellen suchten. Ihnen ordneten sich dann allmählich ein paar andere mutige Tiere bei, worauf sich die übrige Masse anschlöß. Nach einiger Zeit hatte sich der Heerwurm schon in ganz normaler Weise geformt: ein kleiner Kopf, nur aus einigen Individuen bestehend, darauf folgend ein dicker breiter Körper und endlich der gegabelte, spitz auslaufende Schwanz. Manchmal schien es, als ob sich die Anführer in der von ihnen eingeschlagenen Richtung nicht ganz sicher fühlten; allein das dauerte immer nur ganz kurze Zeit, worauf dann stets wieder volle Einigkeit herrschte.

Der erste Jugenderzählerabend des Verbandes deutscher Erzähler findet am Abend 8 Uhr in der Goethe-Schule, Wilmersdorf, Münchenerstraße 101, Ost-Engel und Fedor von Jodelitz werden aus eigenen Werken vorlesen.

„Eine galante Nacht“ mit Carola Toelle. Es ist eine traurige, aber unsehbare Lausache, daß der Sinn fürs Theater heutzutage ziemlich zusammengeschnürt ist. Der Theaterdirektor richtet sich daher seinen Spielplan so ein, daß er ein volles Haus bekommt. Womher versucht es mit Literatur, das kleine Theater geht schon früher. Es wählt ein Stück mit Ausgütlichkeiten, das den schwülen Titel „Eine galante Nacht“ trägt. Außerdem tritt Carola u. a. im Betz auf. Jeder muß eben leben, wo er bleibt. Das Spiel läuft mäßig spannend, beinahe gruselig an der stechbriefflich verfolgte Kavallerie zwingt die Tochter seines Todfeindes, mit ihm eine Nacht in einem verächtlichen Absteigequartier zu verbringen, weil er sich da vor der Polizei am sichersten glaubt. Natürlich findet diese Tochter aus den besten Kreisen Geschmack an dem Abenteuer und wird stürmisch. Aber der stechbriefflich verfolgte Kavallerie will nicht, was ihm das bessere Mädchen sehr übel nimmt. Diese nicht ganz neue Angelegenheit ist nach zwei Akten erledigt. Herr Bachwitz, der Autor, hat aber noch einen Akt angelebt. Aber das ist alles ganz gleichgültig, hier kommt es nur auf Carola Toelle, die bessere junge Dame an, die wirklich wieder ganz entzückend war. Sie brachte die kindlich-süßerne Sehnsucht nach dem Abenteuer mit soviel Schmelze und soviel Mut heraus, daß man dem Stück nichts mehr nachtrug. Erich Kaiser-Tieh spielte einen gemessenen Kavallerie mit niedergebaltener Leidenschaft wie immer virtuos. Reiner hätte aus der langweiligen Rolle mehr machen können. Max Berger, der eine ganz kleine Rolle, einen Schatzmann spielte, sei nicht vergessen. Seine Darstellung war ein kleines Kabinettstück in dem Lustspiel, das nicht einmal ein Sketch ist.

Dom Sultan zum Präsidenten. Auf dem Throne der Sultane und Kalifen, die einst die allmächtigen Herrscher einer Welt waren, sitzt jetzt ein Präsident. Mustafa Kemal Pascha ist zum ersten Präsidenten der türkischen Republik gewählt worden und verehlt in diesem Amt die größten Machtvollkommenheiten. Er ist zugleich Präsident des Staats, Präsident des Kabinetts, Präsident der gesetzgebenden Körperschaft und Präsident der Volkspartei. Es ist daher nicht ganz unrichtig, wenn seine Gegner behaupten, daß er unter dem einfachen Präsidententitel die Allgewalt der Sultane wieder anleben lasse. Immerhin ist es eine merkwürdige Erscheinung, daß ein einfacher General und Bürger der Nachfolger jener romantischen Herrscherpalastherrscher wird, die nicht nur die höchste politische, sondern auch religiöse Macht des Islam so lange in sich vereinigten. Selbst als der letzte Sultan aus dem Hause der Osmanen als Flüchtling von Bosporus verlassen hatte, schien es höchst unglaubwürdig, daß die Monarchie Mohammeds des Eroberers und Suleimans des Gesetzgebers durch eine einfache Republik abgelöst werden würde. Wie ein Artikel der „Times“ ausführlich darlegt, dürfte die Persönlichkeit Kemal Paschas auf die ganze Weltanschauung des Orients von größtem Einfluß sein. Seit Selim der „Grausame“ Ägypten eroberte, ist der Kalif, der „Schatten Gottes“, der den Prophezen auf Erden vertritt, und der türkische Sultan immer ein und dieselbe Person gewesen. Das Kalifat besteht zwar noch, aber der Kalif ist eine machtlose Puppe, dessen einzige Aufgabe in den Abhalten der Freiheitsgebete besteht. Das Sultanat, das im Hause der Osmanen erblich war und über 600 Jahre bestand, ist verschwunden. Der religiöse Glanz der türkischen Herrscher verschwindet, und die Folgen davon sind unberechenbar.

Augen auf!

Arbeiter, schaut Euch die Männer an, die Euch zu Gewalttätigkeiten aufheizen! Deutschpöhlische Agitatoren haben mißleitete Massen zu Pogromen aufgepeitscht.

Der große Sturm auf das Berliner Judeniertel ist sorgfältig und mit fähler Berechnung von deutschpöhlischen Demagogen vorbereitet worden, um die verfahren politische Lage in Deutschland katastrophal zu steigern und die Massen den dunklen Zwecken des Faschismus nutzbar zu machen.

Die deutschpöhlischen Führer wollen nicht allein gegen die Juden aufwiegen, sie wollen zugleich durch diese Ausschreitungen den Beweis führen, daß nur eine Rechtsdiktatur den Bürgerfrieden in Deutschland noch sichern kann. Die gleichen Massen, die erst von deutschpöhlischen Putschisten gegen die Juden aufgerufen worden sind, werden dann als bolschewistisch verschrien, — und morgen lebt die deutschpöhlische Presse von Schauererzählungen über bolschewistische Revololen.

Arbeiter! Genossen! Durch Ausplünderung von Juden kommt Ihr der kapitalistischen Ausbeutung nicht bei. Wenn Lohn heute nicht mehr wuchern kann, wuchern morgen Thyssen und Stinnes um so mehr. Der jüdische wie der christliche Ausbeuter, der schwarze wie der weiße Jude werden erst fallen, wenn der Kapitalismus fällt. Nur ein

wurzeltiefer Eingriff in die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft kann das deutsche Volk retten. Nur eine große staatliche Organisation kann die hungernden Volksmassen ausreichend versorgen. Nicht Plünderung, sondern weitausschauende gesellschaftliche Organisation führen zum Ziele.

Wenn der Brotpreis heruntergesetzt wurde, so ist dies nur auf das sofortige Eingreifen der Gewerkschaften zurückzuführen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Laßt Euch nicht vom Faschismus mißbrauchen, der erneut zu einem großen Schläge ausholt! Stellt die Provokatoren, sorgt für ihre Entsagung! Achtet auf deutschpöhlische Agitatoren in den Betrieben! Weidet deren Namen Euren Organisationen!

Augen auf!

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.
Sabath.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Oriskantell Berlin.
Flatau, Bismarck.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsauschuß Groß-Berlin.
Röpfe.

An die demokratischen Republikaner!

Auch der Deutsche Republikanische Reichsbund erläßt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „In dieser Stunde drohender Großgefahr fordern wir alle unsere Mitglieder sowie die Angehörigen der uns korporativ angeschlossenen Verbände, darüber hinaus alle demokratischen Republikaner auf, sich für den Einsatz mit Leib und Leben bereitzustellen. Noch heute kann der Appell zur Verstärkung der bewaffneten Macht der Länder und des Reiches ergehen. Seht Eure Ehre darin, gemäß Eurer tausendfachen Gelöbnisse unter den ersten Freiwilligen zu sein.“

Unterschiedet sich der Aufruf von den beiden Vorsitzenden Konrad Haenisch und Karl Beiter.

Regierungserklärung in Sachsen.

Ministerpräsident Felsch gegen die Militärdiktatur.

Dresden, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige Landtagssitzung wurde kurz nach 1 Uhr eröffnet. Den Hohn des zurückgetretenen Landtagsabgeordneten Pudor hat der Leipziger Gewerkschaftssekretär Krahnert übernommen. Krahnert gehörte der Volkstammer in dem ersten sächsischen Landtag als Mitglied der USP an. Mit Zustimmung des Hauses teilte der Präsident mit, daß sich das Plenum nach Entgegennahme der Regierungserklärung auf zwei Stunden vertagen werde, damit den Fraktionen Gelegenheit gegeben werde, zur Regierungserklärung und gleichzeitig zum vorkonstituierenden Ausschussesentwurf Stellung zu nehmen. Darauf verlas Ministerpräsident Genosse Felsch eine Regierungserklärung, in der es heißt:

„Meine Damen und Herren! Die Regierung, die in schwerster Zeit der Not des Volkes und Länder ihr verantwortliches Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und die Verfassung zu schützen. Ich versichere, daß die Regierung diese Pflicht getreu erfüllen wird, sie fordert aber Achtung der Verfassung im ganzen Reich und rückwärtsloses Vorgehen der Reichsgewalt allüberall dort, wo wirklich Verfassungsbruch vorliegt. Es darf aber nicht vorkommen, daß in Deutschland die verfassungsmäßige Regierung eines Landes, die die Einheit des Reiches auf dem Boden der Reichsverfassung erhält, wider Willen durch das Reich beseitigt wird.“

Die Regierung stellt fest, daß bei dem Vorgehen gegen die bisherige sächsische Regierung eine Form zur Anwendung gekommen ist, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Lande unerträglich ist.

Die neue Regierung stellt den ernstesten Versuch dar, auf verfassungsmäßig-parlamentarischer Grundlage die militärische Diktatur im Lande zu beseitigen und die ordentliche Regierungsgewalt in Sachsen wiederherzustellen.

Sie erwartet, daß die Aufgabe im ganzen Lande und vom ganzen Volke rechtzeitig erkannt und an ihre Lösung von allen redlich mitgearbeitet wird, um hohe Güter von Wirtschaft und Freiheit zu retten.“

Diese Erklärung wurde von der Mitte des Hauses mit Beifall aufgenommen. Die Kommunisten haben folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung genießt nicht das Vertrauen des Landtages.

Der Auflösungsantrag der Deutschen Volkspartei wird voraussichtlich einer Kommission überwiesen werden.

Nach Wiederaufnahme der Landtagssitzung um 4 Uhr gab Genosse Wirth namens der USPD-Fraktion eine der Regierung zustimmende Erklärung ab.

Abg. Beutler (Dn.) sprach sich gegen die Regierungserklärung aus und versicherte, daß er sich, wenn er zwischen Bayern und Stresemann zu wählen hätte, für Bayern und gegen Stresemann entscheiden würde. Dem vorkonstituierenden Ausschuss auf Auflösung des Landtages stimmte seine Fraktion zu.

Abg. Kaiser (D. Sp.) begrüßte die Erklärung der Regierung, auf dem Boden der Verfassung arbeiten zu wollen und begründete den Auflösungsantrag seiner Partei.

Der Kommunist Böllcher erklärte, daß auch seine Fraktion für die Auflösung des Landtages stimmen werde, und beschäftigte sich in zweifelhafter Rede mit der Entwicklung der politischen Lage.

Um 7 Uhr wurde die Sitzung auf Donnerstag vertagt. In dieser Sitzung soll über den vorkonstituierenden Auflösungsantrag und den kommunistischen Mißtrauensantrag abgestimmt werden.

Unsere Versammlungen.

„Die Partei rief und viele, viele kamen!“ kann man in Abwandlung eines bekannten Wortes sagen, wenn man die Gesamtheit der gestrigen Versammlungen überfliehet und den Gesamteindruck in wenigen Worten zusammenfassen will. Man hatte diesen Ruf der Partei schon längst erwartet.

Die Versammlungen waren der Luftakt zu der Generalabrechnung, die sich nunmehr, nachdem die Partei in jahrelanger Geduld unter Zurückstellung parteipolitischer Wünsche das Neueste an Rücksicht, Selbsterleugnung und klug abwägender Taktik zum Wohl des gesamten deutschen Volkes getan hat, unaufhaltsam vollziehen wird.

Es war erfreulich zu sehen, wie trotz Not, Hunger und Entbehrung der alte herrliche Kampfsgeist wieder aufstand. Keine Spur von Verzagtigkeit, Müdigkeit und Verzicht! Das Arbeitsheer von Berlin, getragen von der Sympathie und der Hoffnung aller jener, die zu den Idealen der Volksfreiheit, des Volksrechts und des Volksstaates stehen, wartet der Parole zur Verteidigung dieser Ideale.

Unsere Redner gaben im allgemeinen zunächst einen kurzen Rückblick von der Zeit des Zusammenbruchs des Kabinetts Wirth ab, kennzeichneten die überaus verderbliche Wirkung des Kabinetts Cuno, das sich unfähig erwiesen hatte, die Ruhrangelegenheit gegen den Willen der Reaktionsäre und Putschisten zu einem gedeihlichen und erträglichen Ende zu führen, und gingen dann auf die Notwendigkeit ein, vor die sich die Sozialdemokratie eines Tages gestellt sah, wiederum in das Kabinett Stresemann einzutreten, um von dem Volk das Aergste abzuwenden.

Zum Schluß kam dann die brennendste Frage zur Behandlung: Was wird werden? Was steht bevor? Unsere Redner ließen keinen Augenblick Zweifel über den furchtbar ungeheuren Ernst der Lage. Vielleicht werde der Augenblick kommen, wo die Partei vor der Notwendigkeit stehe, die Genossen zum organisierten Schutze der Republik aufzurufen, und dieses Rufes mögen alle Genossen, alle Republikaner gewärtig sein. — Die Ausführungen unserer Redner wurden mit der gespanntesten Aufmerksamkeit angehört. Den Kommunisten hingegen waren die Ausführungen offenbar höchst unbequem, und sie versuchten vielfach mit den bekannten Mitteln unsere Redner zu bekämpfen.

Überall wo die Redner auf die bereits begonnenen Judenpogrome eingingen, entstand lebhaft und unerbittliche Entrüstung. Einnützig war man der Ueberzeugung, daß man unter Ausbietung aller Kräfte und unter Einsetzung der so lange und so oft bewährten Opferfreudigkeit aller derrer, die es noch können, die Partei siegreich aus den Klippen dieser Zeit herausbringen müsse und werde. Disziplin und enger Zusammenhalt aller wahren Sozialisten und Republikaner werden das Neueste abwehren.

Aber auch die Kommunisten hatten diese günstige Gelegenheit wahrgenommen, und ihre Angehörigen stellten vielfach an die Geduld und die Rücksicht unserer Genossen die denkbar höchsten Ansprüche. Wenn man diese völlige Undiszipliniertheit betrachtet, dann kann man sich vorstellen, was für eine „Disziplin“ in einer roten Armee herrschen würde.

Faßt man den Eindruck der gestrigen Versammlungen zusammen, so ergibt sich, daß aus der Not der Zeit immer stärker und bewußter der Wille des Volkes zu einheitlicher, machtvoller Zusammenfassung in Politik, Wirtschaft und Kultur drängt, und daß dieses Ziel sich nur erreichen läßt durch eine innerlich und äußerlich starke Sozialdemokratie. Als Aufgabe aber der nächsten Tage und Stunden ergab sich: Neueste Wachsamkeit! Geschlossene Disziplin! Ruhige Nerven! Und Bereitschaft, dem Ruf der Führer zu folgen!

Vor einer hart überfüllten Versammlung in Haverlands Festhallen, Neue Friedrichstr. 35, sprach Genosse Landtagsabgeordneter Otto Raier. Er appellierte an die Arbeiterschaft, in der Stunde der Gefahr für die Republik zu kämpfen, weil sie die Grundlage ist, auf der die soziale Republik aufgebaut werden könne. In der Diskussion sprachen auch einige Kommunisten, die von dem Redner im Schlußwort abgefertigt wurden.

In den Arminiushallen in Moabit sprach Genosse Breilschid vor einem überfüllten Saal, in dem sich die Kommunisten in den Hintergrund konzentrierten, um von dort den Redner fortwährend zu unterbrechen, bis der Abg. Höllein seine Anhänger zur Ruhe und Besinnung rief. In der Diskussion sprach dann Höllein eine geschlagene Stunde. Er begann vielversprechend: In dieser Stunde solle ein jeder zuerst an die eigene Brust schlagen und man dürfe ein ehrliches Bekenntnis der großen Fehler der Kommunisten erwarten. Aber statt dessen erwiderte wieder mit einem Lebermohr an Stimmaufwand die alten Beschuldigungen gegen Sozialdemokratie und „Vorwärts“. Weiterhin sprach Genossin Pfälz; sie erwähnte, daß sie aus Bayern komme, und daß, wenn es dort losgehe, die Sozialdemokratie den ersten Anstoß der Reaktion auszuhalten werde. Tolender Beifall bewies die Richtigkeit ihrer Ausführungen. Zum Schluß gab Genosse Breilschid den alten abgedroschenen Phrasen Hölleins den Gnadenstoß.

In der sehr gut besuchten Versammlung im „Artushof“ in Moabit sprach die Genossin Kemig. Die Referentin gab in ihren Ausführungen ein getreues Bild der gegenwärtigen Situation. In großer Zahl erschienenen Kommunisten suchten die Versammlung zu stören. Dennoch konnte die Versammlung gut zu Ende geführt werden.

Schon lange vor 7 Uhr war die Versammlung in den Pharushallen überfüllt. Tausende von Arbeitern fanden keinen Einlaß mehr. Unter stürmischem Beifall jähle der Genosse Kändler in einem 1 1/2 stündigen Referat die Gefahren auf, die der Republik und der Arbeiterschaft drohen. In der Diskussion sprach Schalom und zwei Parteileute. Rüstler fertigte sie in seinem Schlußwort scharf aber energisch ab. Die Versammlung verlief begeistert. Im Garten fand eine Parallelversammlung statt.

Beizete Friedrichshain und Prenzlauer Berg. Die Versammlung im Sozialbau Friedrichshain war so stark besucht, daß sie vorzeitig geschlossen werden mußte. Genosse Crispian referierte unter starkem Beifall. In der Diskussion schänten die Kommunisten eine Reihe von Rednern vor, unter anderen den bekannten Paul Hoffmann, der die Sozialdemokraten als Verräter beschimpfte. Stürmischer Widerspruch aus der Mitte der Versammlung hinderte ihn am Weiterreden. In seinem Schlußwort wies Genosse Crispian die kommunistischen Angriffe zurück. Die Versammlung nahm dann eine Resolution an, die sich gegen das Todesurteil wendet, das von dem Hamburger außerordentlichen Gericht gegen den Kommunisten Korell gefällt wurde.

In der Hofenheide war die Versammlung schon gleich nach der Saateröffnung überfüllt, so daß sie abgesperrt werden mußte. Immer neue Massen rüdten an, die aber keinen Einlaß mehr finden konnten. Um 7 Uhr war auch der große Garten

beseht. Die Kommunisten nutzten die Situation aus. Im Garten wurden Tausende von Flugblättern: „Warum ist der gemeinliche Aktionsausschuß für Groß-Berlin gescheitert?“ verbreitet. Dann sprachen von der Gartenbühne kommunistische Redner in solch plumper Weise, daß die nicht ganz Bernarrten diesen Schwindel sofort erkannten. Es sprachen mehrere Genossen unserer Partei, die den kommunistischen Rednern nichts schenkten. Nur zu recht hatte ein Zwischenrufer, der die kommunistischen Redner aufforderte, doch endlich mal eine andere Walze aufzustecken. Im großen überfüllten Saal sprach Reichstagsabg. Genosse Braß, der stürmischen Beifall erntete. In der Diskussion sprachen außer KPD, und KAPD, eine Reihe unserer Genossen. Speziell Genosse Liedtke blieb den Kommunisten nichts schuldig. Während des Referats und der Diskussion war die Versammlung äußerst ruhig. Erst als ein Schlußantrag angenommen und dadurch einem „kommunistischen Erwerbslosenrat“ das Wort abgeschnitten wurde, tobte die kommunistische Jugend. Der Vorsitzende schloß kurzerhand die Versammlung, um nicht durch diesen Zwischenfall den gewaltigen Eindruck abzuschwächen.

In Wilmersdorf referierte im „Viktoriagarten“ vor zirka 1200 Personen der Genosse Herz unter großem Beifall. In der Diskussion sprach ein KPD-Mitglied, die Genossin Wachenheim und eine weitere Diskussionsreferent. Im Schlußwort trat Gen. Herz für die Einigung der Massen im Abwehrkampf gegen die Reaktion ein.

Die Versammlung in der Ulland-Schule in Schöneberg war überfüllt. Es fand eine Parallelversammlung statt, in der Genosse Thureau sprach. Es war außerdem noch eine große Ansammlung auf der Straße, in welcher ebenfalls eine Ansprache gehalten wurde. Im Saale sprach Genosse Aufhäuser unter großem Beifall. Die Diskussion wurde hauptsächlich von kommunistischen Rednern bestritten, die sattem bekannte Phrasen wiederkauten. In seinem Schlußwort wandte sich Genosse Aufhäuser gegen die demagogischen Verläufe der kommunistischen Redner, besonders von Frau Rosi Wolfstein, die sozialdemokratischen Massen gegen ihre Führer auszuspielen. Er schloß mit dem Satz: Wenn die Einigung der deutschen Arbeiter kommt, kommt sie über die Köpfe kommunistischer Führer wie Rosi Wolfstein hinweg.

Die Versammlung in Steglitz in der Oberrealschule, Eissenstraße 4, war überfüllt. Die Kommunisten und Unabhängigen waren mit ihrem ganzen Anhang von Unorganisierten und Arbeitlosen angedrückt. Es gelang der Referentin, Genossin Bohm-Schuch, dennoch, ihren Vortrag zu Ende zu bringen. Dann wurde der übliche Antrag auf ein Korreferat mit unbeschränkter Redezeit gestellt. Als der Versammlungsleiter das ablehnte, erhob sich ein nicht zu stillender Lärm, so daß sich der Vorsitzende veranlaßt sah, die Versammlung kurzerhand zu schließen.

Die Versammlung in Mariendorf, in der Schulaula Kurfürststraße, war schon lange vor Beginn außerordentlich stark überfüllt. Genosse Dr. Löwenstein nahm in kräftigen Worten gegen die Reaktion Stellung. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der ausgedehnten Diskussion wurde auch von der KPD, und KPD, die Rede des Genossen Löwenstein gutgeheißen. Die Stimmung der Versammlung war geradezu begeistert.

Bereits eine Dreiviertelstunde vor Beginn der Versammlung in Treptow-Baumschulweg waren der Große Saal des Rinos, sämtliche Zugänge überfüllt und immer neue Massen eilten herbei, so daß zur Sperrung geschritten werden mußte. Seit Bestehen einer Arbeiterorganisation dieses Ortes ist die gestrige Versammlung die stärkste gewesen, die je hier abgehalten worden ist. Genossin Wurm hielt ein mit Beifall entgegengenommenes Referat. In der Diskussion sprachen zwei Genossen der KPD, und der Genosse Haß, der unter starkem Beifall zur Einigkeit aufrief.

Der 17. Kreis, Lichtenberg, hielt in der Schulaula im Arcum, Rathausstraße, eine Versammlung ab, in der der Genosse Dr. Kurt Rosenfeld sprach und welche derart überfüllt war, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte, in der der Genosse Buschid referierte. Die Diskussion war lebhaft, konnte aber, soweit Genossin sprach, nichts Ernstliches und Schwerwiegendes gegen die Parteipolitik vordringen. So konnten nach einem kurzen, mit starkem Beifall aufgenommenen Schlußwort der Referenten die Haupt- und Nebenversammlung nach gutem Verlauf mit einem dröhnenden Hoch auf den internationalen Sozialismus geschlossen werden.

Kahr zu bolschewistisch.

Selbst Deutschnationale lehnen ihn ab.

München, 6. November. (Eigener Drahtbericht.) Die aus München ausgewiesenen Juden sind zum größten Teil polnische Staatsangehörige und stammen aus den von Oesterreich abgetretenen Gebieten; einige der Ausgewiesenen sind heute nach Oesterreich zurückgekehrt. Nun sind im Auftrage ihrer Regierungen das polnische und österreichische Konsulat in München beim Generalsstaatskommissar vorstellig geworden, um eine Zurücknahme oder wenigstens eine Milderung der Ausweisungen zu erlangen. Das ist in einigen Fällen, wo die Ausgewiesenen Oesterreicher sind, auch gescheit. Eine Anzahl der Ausweisungen wurde wieder rückgängig gemacht und einigen der Betroffenen gewisse Milderungen zugesprochen. Unrichtig ist aber, daß eine allgemeine Sistierung der Ausweisungsorder erfolgt ist. Die grundsätzliche Anordnung des Generalsstaatskommissars wird voll aufrechterhalten.

In diesem Zusammenhang erregt es lebhaftes Aufsehen, daß Kardinal Faulhaber, der als überzeugter Monarchist mittelbayerischer Farbe sich schon öfter in sensationeller Weise betätigt hat, in seiner Allerheiligenpredigt gegen die Judenverfolgungen Stellung genommen hat, indem er u. a. sagte: „Mit blindem Haß gegen Juden und Rothhölzer, Bayern und Bayern können keine Wunden geheilt werden. Mit einem Bürgerkrieg werden neue furchtbare Leiden ins Land gebracht. Wir müssen alle zusammen helfen, um über die Not des Winters Herr zu werden. Wir fragen nicht nach Partei, jedes Menschenleben ist uns heilig.“

München, 6. November. (Rth.) Der Generalsstaatskommissar hat das „Volksblatt“ in Koburg und die „Volkswacht“ in Freilassing auf je 14 Tage verboten. Die demokratische „Kürnberger Morgenpost“ und die „Kürnberger Sonntagspost“ wurden auf je 3 Wochen verboten. Dagegen ist das Verbot der sozialdemokratischen „Münchener Post“, das auf unbestimmte Zeit erlassen worden war, mit Wirkung vom 8. November vom Generalsstaatskommissar wieder zurückgezogen.

Erfah der „Lustania“-Schäden. Der gemischte Ausschuß für Entschädigungsansprüche hat die amerikanische Forderung gegen Deutschland wegen Erfah für den Verlust von Menschenleben, Gesundheitsbeschädigungen und Eigentumsverluste infolge der Torpedierung der „Lustania“ genehmigt. Nach den von dem Ausschuß niedergelegten Grundlügen werden Ansprüche in Höhe von 22.600.000 Dollar für Verluste anläßlich des Unterganges der „Lustania“ anerkannt, dagegen 845 Millionen Dollar Ansprüche wegen Erfah für die Arztskriftversicherungsprämien, die von amerikanischen Rednern bezahlt sind, abgelehnt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Aufbau, nicht Abbau!

Die Pogromveruche, Plünderungen und Hungerkrawalle in Berlin wären einfach undenkbar, wenn nicht durch die Schuld der Unternehmer und das Vergehen aller bürgerlichen Finanz- und Wirtschaftsmänner die Arbeitslosigkeit einen so ungeheuerlichen Umfang angenommen hätte. Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Berlin gab es in der Woche vom 22. bis 27. Oktober nicht weniger als 210 586 Arbeitslose, die bei den städtischen Arbeitsnachweisen eingeschrieben waren. Der Zugang während dieser Woche allein betrug nicht weniger als 26 321 Arbeitslose. Von den 210 586 Arbeitslosen bezogen jedoch nur 144 515 Erwerbslosenunterstützung. Es gibt also gegenwärtig mehr als 66 000 Menschen in Berlin, die ohne jedes Einkommen, ohne jede Unterstützung sind. Zu den 210 000 Arbeitslosen kommen aber noch die Kurzarbeiter, wovon 112 892 Unterstützung bezogen. Wir haben also gegenwärtig mehr als 323 000 Menschen in Berlin, die ganz oder teilweise arbeitslos sind, die entweder gar kein Einkommen besitzen oder deren Einkommen nicht ausreicht, um ihren Hunger zu stillen!

Was geschieht angesichts dieses abgrundtiefen Elends? Das Lösungswort unserer Wirtschafts- und Finanzminister lautet gegenwärtig: **Abbau**. Der Wohnungsbau wird „abgebaut“, das Personal in den öffentlichen Betrieben wird „abgebaut“, die Demobilisierungsverordnungen werden „abgebaut“, die Unterstützungslage der Kurzarbeiter wird „abgebaut“.

Wo aber ist das Aufbauprogramm? Wo sind die Maßnahmen, um die Produktion wieder in Gang zu bringen? Wo sind die Taten gegen den Kartellwucher, gegen die Produktionsabotage der Unternehmer? Was geschieht insbesondere, um zu verhindern, daß die Einführung der werbeständigen Zahlungsmittel nicht der Ausgangspunkt neuer Wirtschaftskämpfe ist? Was geschieht, um die Ernährungsfrage der arbeitenden Schichten sicherzustellen? Vor einigen Wochen ließ die Regierung optimistische Nachrichten zirkulieren von einer bevorstehenden großen amerikanischen Anleihe. Gegenwärtig kommen die gleichen Nachrichten aus Amerika über eine große Hilfsaktion zugunsten des hungernden deutschen Volkes. Die Reichsregierung hat einen Ernährungsminister in Berlin und einen Botschafter in Washington. Wir nehmen an, daß dies die geeigneten Stellen sind, um über die aus Washington kommenden, scheinbar offiziellen Nachrichten Auskunft zu holen und zu geben. Wir nehmen nicht an, daß der „Fachmann“ v. Kanitz dies nur deshalb nicht tut, weil er annimmt, daß seine „Verfugungsgewalt“ in Deutschland nicht nur imstande, sondern auch bereit sind, den Hunger aus den Städten zu bannen.

Die Ernährungsfrage ist heute in Deutschland wesentlich eine Währungsfrage. Seit Wochen wird uns die unmittelbare praktische Lösung dieser Währungsfrage angeündigt. Bei Verhandlungen erklären sich jedoch die Unternehmer außerstande, in werbeständigen Gelde Löhne zu zahlen. Wie kann man auch nur entfernt hoffen, der fürchterlichen Wirtschaftskrise Herr zu werden, wenn die noch Arbeitenden nicht die nötigen Löhne in werbeständigem Gelde in die Hand bekommen, die ihnen die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichern.

Hier liegt eine entscheidende Wendung. Wenn, wie es in einzelnen Berufen geschehen ist, versucht werden sollte, die Arbeiterschaft mit Löhnen von 30 und 40 Goldpfennigen abzuspeisen, was einem Freiendslohn von 20 bis 25 Pfennig gleichkäme, dann würde das die Stabilisierung der Wirtschaftskrise auf lange Zeit bedeuten. Das würde aber auch zur Folge haben, daß der Staat seinen Haushalt nicht ins Gleichgewicht zu bringen vermag; denn das kann er nur, wenn unsere Produktion in vollem Gange ist. Damit wäre aber auch die neue Währung bankrott. Das würde weiter bedeuten, daß der Strom der Auswanderer weiter anschwillt und daß unsere besten und intelligentesten Arbeitskräfte sich der Industrie der anderen Länder zur Verfügung stellen. Das würde den politischen Zusammenbruch und den wirtschaftlichen Verfall des Deutschen Reiches bedeuten. Nicht abbauen, sondern aufbauen muß die Lösung sein.

Zur Personal-Abbau-Verordnung.

Der Aktionsausschuß der Angestelltenräte bei den Reichs- und Staatsbehörden hat sich mit einem offenen Brief an den Reichsarbeitsminister gewandt.

Die von der Regierung erlassene „Verordnung zur Herabminderung der Personalabgaben des Reiches“ habe die wichtigsten Schutzgesetze außer Kraft gesetzt und so arbeitsrechtlichem Gebiet „gegen einen erheblichen und wertvollen Teil deutscher Staatsbürger Ausnahmestimmungen“ geschaffen. Außerdem seien alle Vereinbarungen über Arbeitsvertragsdauer, sowohl auf privatrechtlicher wie auf gesetzlicher Grundlage, für ungültig erklärt und damit auch die diesbezüglichen tarifvertraglichen Bestimmungen. Die Reichsregierung sei nicht berechtigt, die Bestimmungen über die Zeitdauer des Arbeitsvertrages aufzuheben.

Nach einer Schilderung der Folgen des Vorgehens der Regierung auf rechtlichem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete fordert der Aktionsausschuß die sofortige Wiederherstellung des bisherigen „Rechtszustandes“ und erwartet vom Reichsarbeitsminister, daß er sich für die Erfüllung dieser Forderung einsetzen werde.

Goldlöhne im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der tarifliche Reichsschiedsgerichtsausschuß hat am 5. November einen Schiedsspruch gefällt, der vom 4. November ab den Uebergang zu Goldlöhnen vorseht. Zugrunde gelegt wird ein Goldmarktgehalt, das 0,000885 Proz. der endgültigen Aufschlaghöhen einschließt (sozialer Zulagen, Alterszulage, Spesen- und Ueberstundenvergütung beträgt). Von den so errechneten Goldmarkbeträgen sind für die Woche 7/10 zu zahlen. Die Gehaltszahlungen haben wesentlich, und zwar bei den Direktoren am Donnerstag, bei den auswärtigen Geschäftsstellen spätestens am Sonnabend jeder Woche zu erfolgen. Vom Falle der Unmöglichkeit abgesehen, sind in der 1. Woche mindestens 10 Proz. in der 2. Woche mindestens 20 Proz. in werbeständigen Zahlungsmitteln auszuzahlen. Nähergehend für die Umrechnung in Papiermark ist der letzte amtliche Kurs der Goldanleihe an der Berliner Börse vor dem Auszahlungstage. Die Ortszuschläge und die Beförderungszulage bleiben unverändert. Ein von den Vertragsparteien gebilligter Ausschuss soll am 12. November nachprüfen, ob zwingende Gründe vorliegen, die vorstehende Regelung abzuändern; bei Nichteingang entscheidet der Reichsschiedsgerichtsausschuß am 14. November hierüber endgültig. Diese Regelung gilt jeweils eine Woche weiter, sofern sie nicht 3 Tage vor Ablauf gekündigt wird. — Die Parteien haben sich bis zum 8. November über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären.

Verbrecherische Hungerlöhne.

Man schreibt uns: Im Tapezierergewerbe scheinen die Unternehmer, allen voran Herr Holzammer, W. d. L. für die Wirtschaftsverordnung, als Vorkämpfer der Lohnkommission der Arbeitgeber, die wirtschaftliche Krise benutzen zu wollen, den Lohn auf das äußerst niedrigste Niveau herabzubringen. Eine Gruppe von Handwerkern, die einstmals zu den bestbezahlten gehörte, hat die Rückständigkeit dieser Herren zu einer der schlechtestbezahlten gemacht. Was in den letzten Verhand-

lungen die Herren sich gefleht haben, übertrifft aber alles bisher Dagewesene. Ein Angebot von acht Milliarden Stundenlohn für die Zeit vom 27. Oktober bis 2. November konnte von ihnen auch vor dem Schlichtungsausschuß am Freitag, den 2. November, trotz der geradezu unerhörten Preissteigerung für Lebensmittel, nur auf zehn Milliarden erhöht werden. Vergleichsvorschläge wurden abgelehnt. Auch der Schiedsspruch von 14,6 Milliarden (Nabeg) Goldlohn, der mit 75 Pf. gefordert war, ebenfalls. Vergleichsvorschläge des Herrn Demobilisierungskommissars, der sich gestern wegen der Verbindlichkeit des Schiedsspruches mit den Vor-

In der Stunde der Gefahr

läßt kein Arbeiter und Parteigenosse

die Sozialdemokratie im Siegreich

muß die Arbeiterchaft den Angriff der Reaktion auf die Republik und die Grundrechte der Arbeiter abschlagen. Schärfen wir

unsere Waffen.

Käufen wir auf der ganzen Linie. Schaffen wir Munition:

Geld in den Kampf-Fonds!

Zu überweisen auf Postcheckkonto Berlin Nr. 48743 Alex Pagels, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

teilen beschäftigte, führten zu keinem Ergebnis. Die Herren blieben bei zehn Milliarden. — Zwei Jahre besserer Konjunktur, welche riesige Profite abwarf, gibt den Herren heute Veranlassung, bei Einsetzen der Krise sofort vom „absterbenden“ Beruf zu sprechen. Es steht zu erwarten, daß der Herr Demobilisierungskommissar die Verbindlichkeit des Schiedsspruches erklärt. Um aber allem die Krone der Rückständigkeit aufzusetzen, erklärten die Herren, für diese Woche überhaupt nicht zu verhandeln, so daß der Schlichtungsausschuß auch für diese Woche wiederum angerufen werden mußte. Und das bei Lohnverhältnissen, die jedes weitere Wort erübrigen.

Für die kaufmännischen Angestellten. Im Buchhandel wurde vereinbart, daß mit dem Vorschuss am Sonnabend, den 2. November, das Gehalt für Oktober als abgegolten gilt. Ferner sind sofort 1 1/2 Oktobergehälter (425 Septembergehälter) als Akontozahlung für 1/2 November zahlbar. Im Papier- und Pappengroßhandel hat der Verein Berliner Papiergroßhändler angewiesen, daß sofort zwei Oktobergehälter à conto November gezahlt werden. Die Angestellten im Butterkleinhandel erhalten sofort einen Vorschuss in Höhe des zweifachen Oktobergehältes ausgezahlt. Im Einzelhandel sind auf Anweisung der Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin am Donnerstag, den 8. November, nochmals die Gehaltsätze zur Auszahlung zu bringen, die einseitig vom Arbeitgeberverband für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November festgesetzt worden sind, unter Einbehaltung von 15 Prozent für gesetzliche Abzüge. Nach Möglichkeit soll ein Teil dieser Beträge schon am Mittwoch, den 7. November, gezahlt werden. In den Beleuchtungs- und Installationsgeschäften sind am Mittwoch, den 7. November, die 1/3fachen Beträge der Gehälter, die für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November zur Auszahlung gelangt sind, zu zahlen. Im Huteinzelhandel waren am 6. November die für den Groß-Berliner Einzelhandel festgelegten Gehälter für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November zahlbar. Am Donnerstag, den 8. November, hat wiederum eine Zahlung in derselben Höhe zu erfolgen. Nach Möglichkeit soll schon ein Teil dieser Beträge am Mittwoch, den 7. November, gezahlt werden. Im Feinleinhandel ist für den Monat Oktober ein 380-faches Septembergehalt vereinbart worden. Außerdem soll im Laufe dieser Woche den Angestellten das 200fache, den Lehrlingen das 150-fache Septembergehalt als Vorschuss gezahlt werden. Die Angestellten der chemischen Industrie erhalten 500 Septembergehälter, sofort zahlbar, als Akontozahlung.

Lohnvereinbarung im Malergewerbe. Die katastrophale Weltentwertung der letzten Tage hat in der Tarifgemeinschaft des Malergewerbes von Groß-Berlin zu nachstehenden Forderungen geführt: 1. Die Löhne der Malergehilfen werden wie die Löhne der Maler für die Zeit vom 3. bis 6. November auf den sechsfachen Betrag der Vereinbarung vom 2. Novbr. — 84 Milliarden pro Stunde erhöht. 2. Dieser Betrag ist am Freitag, 9. November, zu zahlen. 3. Am Mittwoch, 7. November, ist, soweit es technisch möglich ist und Zahlungsmittel vorhanden sind, ein Vorschuss von 800 Milliarden zu zahlen.

Neue Töpferlöhne. Die Verhandlungen am Dienstag führten zu dem Resultat, daß die Töpfermeister für die laufende Lohnwoche vom 5. bis 10. November einem Stundenlohn von 100 Milliarden Mark zustimmen wollten. Wenn die Fachgruppenleitung der Arbeitnehmer dem zustimmt, gilt er als abgeschlossen. Die Mitglieder der Fachgruppenleitung werden deshalb ersucht, sich sofort mit dem Unterzeichneten im Bureau telefonisch in der Zeit von 11 bis 1 Uhr in Verbindung zu setzen. Max Kemnitz.

Der Stundenlohn der Steinseher beträgt vom 8. bis 6. November 84 Milliarden, für Steinbauer 84 Milliarden, Kammer 83 580 Milliarden, Hilfsarbeiter 79 740 Milliarden. Der Akontozuschlag ist auf 1 217 391 308 144 erhöht. Entsprechende Vorschusszahlungen sind wieder in üblicher Weise zu leisten. Die Bezirksleitung.

Achtung, Arbeiter der chemischen Industrie! Für die Lohnwoche vom 31. Oktober bis 6. November einschließlich wird der Stundenlohn des ungelerneten Arbeiters über 20 Jahre in Fachgruppe 2, Ortsklasse A auf 33 800 Millionen festgesetzt, das heißt die Lohnsätze vom 17. bis 23. Oktober — 650 Millionen werden mit 52 multipliziert. Die Familienzulage beträgt 30 Milliarden pro Kopf und Woche. Die Höchstgrenze gemäß § 7 des Arbeitervertragsgesetzes beträgt 250 Millionen. Alles Nähere und Lohnabelle ist am Mittwoch, den 7. November, nachmittags im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Engelauer 24/25, zu haben. Funktionärskonferenz findet am Freitag statt. Siehe Verammlungsangelei!

Korbmacher! Für die Zeit vom 5. bis einschließlich 10. November beträgt der Stundenlohn für Korbmacher 0,30 Goldmark. Die Auszahlung des Lohnes erfolgt täglich in Höhe nach dem amtlich veröffentlichten Geldkurs. Bei späterer Auszahlung des Lohnes erfolgt diese in Höhe des Lohnes am Auszahlungstage.

Für das Buchdruckgewerbe ist zwischen den vertragschließenden Organisationen vereinbart worden, daß mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung statt der im letzten Schiedsspruch festgesetzten Vorauszahlung von 60 Proz. bis spätestens Freitag ein Vorschuss von insgesamt 180 Proz. des für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November festgesetzten Lohnes zu zahlen ist, soweit die wirtschaftliche Lage der Betriebe dies gestattet.

Im Feiner Wollwerk der Feder Hütte kam es wegen Lohn-differenzen zum Streit. Zur „Steigerung der Produktion“ hat die Direktion den Betrieb geschlossen und die Belegschaft ausgesperrt.

Verband der Fabrikarbeiter. Funktionärskonferenz des Chemischen Freitag abend 6 1/2 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24-25. Mitglieder und Funktionäre legitimieren. Ohne diese kein Zutritt. Chemische Industrie. W. d. L. Funktionäre! Verammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Saal im H. V. Berlin SW. 68, Woll-Allianze-Str. 7-10. Thema: „Ermittlung zum Angebot der Arbeitgeber.“ Deutscher Fabrikarbeiterverband. Musikinstrumentenarbeiter. Donnerstag nachmittags 5 Uhr im „Reichsbannerhof“ Funktionärskonferenz. Tagesordnung: Bericht von den Schlichtungsverhandlungen. Kommissionsmitglieder pünktlich 4 1/2 Uhr eberndort.

Wirtschaft

Die Mark ohne Kurs.

Die Mark hat keine Auslandsgeltung mehr. Diese Feststellung ist an sich nichts Ueberrassendes, nachdem man sogar im Inland neun Nullen braucht, um den Wert eines Goldpfennigs in Papiermark auszudrücken. Bis vor kurzem aber konnte man noch von einem, wenn auch spärlichen, so doch regulären Handel mit deutscher Mark im Ausland hören. Das hat jetzt aufgehört. Die Notierungen, die von den Auslandsbörsenplätzen zu uns herüberkommen, sind in der Regel Zufallskurse, die meist nicht einmal im kontrollierten Börsengeschäft, sondern außerhalb der Börse „gesprochen“ werden. Schätzungspreise, die von niemand als verbindlich anerkannt werden. Aus diesem Grunde haben wir seit einigen Tagen davon abgesehen, den Umrechnungskurs für den New Yorker Markkurs zu veröffentlichen. Seine Bekanntgabe hat in diesen wirren Zeiten jeden Sinn verloren.

Wenn jemand etwa früher behauptet hätte, daß Deutschland, das seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur nach auf das engste mit dem Weltmarkt verknüpft, auf den industriellen Absatz nach dem Ausland nur auf den Bezug von Lebensmitteln von dort angewiesen ist, ohne eine eigene Währung auskommen könne, so hätte man ihn als Phantasten bezeichnet. Heute sind wir so weit unter den Nachwirkungen der Fehler, welche von bürgerlichen Politikern gemacht worden sind, und ihren Unterlassungen auf dem Gebiet der Währungspolitik. Ja, es ist damit zu rechnen, daß dieser Zustand noch mehrere Monate anhalten wird. Denn nach der Papiermark, die am Weltmarkt gänzlich abgewirtschaftet hat, kommt noch nicht sofort die neue Goldwährung, die allein auch Aussicht hat, im Ausland als vollwertiges Geldzeichen angesehen zu werden, sondern es kommen ja erst die Zwischenschaltungen: Goldanleihe und Rentenmark. Beide sind ihrer ganzen Art nach als Inlandszahlungsmitteln gebacht. Sie werden trotzdem zu dem Auslandsgeld in ein bestimmtes Kursverhältnis treten. Aber es ist keineswegs erwünscht, daß z. B. mehr Rentenmark ins Ausland geht, als es das dringendste wirtschaftliche Interesse erfordert; denn je größer die Beträge nicht goldgedeckten Geldes sind, die ins Ausland abfließen, um so mehr wächst die Gefahr eines Kurssturzes auch für die neue Währung und damit die Gefahr spekulativer Wachschaften, die jetzt die Papiermark zertrümmen haben.

Der Zustand, daß das deutsche Geld keinen Auslandskurs hat, führt zu den schwersten wirtschaftlichen Konsequenzen. Schon jetzt wirft sich immer wieder die Frage auf, mit welchem Kurs z. B. der Preis für ausländisches Wehl ermittelt werden soll. Die Reichsregierung hat eine Verordnung erlassen, nach der der Käufer nur an den deutschen Dollarkurs gebunden ist; wird ein anderer Preis verlangt, so ist er an den Vertrag nicht mehr gebunden. Wie aber, wenn der Erfolg einer solchen Verordnung der ist, daß nun die Getreidezufuhren aus dem Ausland zurückgehen? Ist dann dafür geforgt, daß die deutschen Lebensmittelpreise nicht über den Weltmarktkurs hinausgehen? Welche Vorkehrungen sind gegen derartige Störungen des Warenverkehrs getroffen?

Die Industrie steht zurzeit — volkswirtschaftlich gesehen — günstiger dar. Einmal hat sie erhebliche Reserven an Devisen, Auslandsguthaben und Waren, die sie infolge der Absatzkrise nicht loswerden kann. Infolgedessen ist ihr Bedarf an Devisen für Rohstoffeinfuhren geringer. Das bedeutet eine Entlastung der Handels- und damit der Zahlungsbilanz. Auch der Devisenbedarf für Lebensmittel ist augenblicklich angesichts der guten Ernte geringer als je, unter der einzigen Voraussetzung, daß es gelingt, das deutsche Getreide als Brot zu erschwinglichem Preise an den Verbraucher zu bringen.

Ob wir uns aber bei einem Geld ohne Auslandsgeltung nach die Einfuhr amerikanischer Schuhe und anderer für den Gebrauch einer dünnen Oberschicht von Kaufherrsgewinnern bestimmten Waren werden leisten können, ob nicht vielmehr allergrößte Sparsamkeit, wie sie den Massen ohnehin schon durch Geldentwertung und Arbeitslosigkeit ausgezwungen wurde, auch von den Besitzenden verlangt und mit scharfen Kontrollmaßnahmen durchgesetzt werden muß, das ist die Frage, die sich die Regierung jetzt vorzulegen hat. Mittel dazu, um solche Sparsamkeit zu erzwingen, hat man nicht nur in der Ueberwachung der Einfuhr, sondern auch in einer Heranziehung der Reichen zu wirksamen Steuern und in der Unterbindung des Geldexportes, die z. B. in Oesterreich in hohem Maße geübt ist. Wirtschaft- und Finanzpolitik müssen hier Hand in Hand arbeiten, um wenigstens für die nächsten Monate bis zur Einführung der Goldwährung in Deutschland das zu erreichen, was bisher von den Fanatikern der freien Wirtschaft als unmöglich bezeichnet wurde: die Sicherstellung von Brot und Arbeit, unbefummert um die Wert des deutschen Geldes im Ausland, um Valutaschwund und Marktspekulation.

Die Börse läßt sich nicht hören. In der gestrigen Sitzung des Börsenvorstandes wurde die in der Öffentlichkeit bereits aufgeworfene Frage, ob die gegenwärtigen Verhältnisse die weitere Abhaltung von Börsenversammlungen angebracht erscheinen lassen, erörtert. Der Börsenvorstand war einstimmig der Meinung, daß ungeachtet der außerordentlichen Erschwerung, die namentlich die jetzige ungeklärte Währungsfrage für eine ordnungsmäßige Funktion der Börse biete, die Börse schon mit Rücksicht auf die unbedingte Notwendigkeit des börsenmäßigen Produktionshandels für die Volksernährung und das Bedürfnis der weitesten Privat- und Geschäftskreise auf Aufrechterhaltung des Wertpapierhandels ihre Tätigkeit nicht einstellen darf.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Göttermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Göttermann; Funktionäre: Dr. John Schilling; Sozial- und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Formbrück-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formbrück-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Seite 1 Seite 2.

Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Gesundheit ist Reichtum, ihre Vernachlässigung zeitigt kostspielige Folgen. Deshalb macht sich zum Beispiel eine hygienisch vollkommene Zahnpflege vielfältig bezahlt, wird auch jedem man ersichtlich durch die maßvolle Preisgestaltung der vorbildlich wirkenden

ZAHNPASTA NIVODONT

Ebenso tragen Aufwendungen für vorbeugenden Schutz gegen die Ansteckungskrankheiten der rauhen Jahreszeit: Grippe, Diphtherie usw. hohen Nutzen. Solchen Schutz gewähren zuverlässig die auch gegen üblen Mundgeruch sicher wirkenden

CALCIFORM-TABLETTEN

Man bester in allen einschlägigen Geschäften auf NIVODONT und CALCIFORM!

Und man achte überall auf den Raben!



Wie hoch durfte der Brotpreis sein?

Eine interessante Berechnung.

Mit Rücksicht darauf, daß die starken Schwankungen des Papiermarkkurses keine hinreichenden Unterlagen für eine Prüfung der Angemessenheit des Brotpreises bilden, ist angeregt worden, eine Berechnung des Brotpreises auf der Goldbasis vorzunehmen.

Table with 2 columns: Item description (e.g., Berliner Vorkosten für den Doppelzentner Roggen) and Price (e.g., M. 20,-). Includes a total of 86,30.

Table with 2 columns: Item description (e.g., 1. Wochenlohn, 2. Meistergewinn) and Price (e.g., 3,11 M., 1,04). Includes a total of 15,-.

Aus 80 Proz. Mehl werden bei 2000 Gramm Zeigeinlage 80 Brote gebacken, also kostet das Brot 64,1 Goldpfennig. Also kostete j. B. einschließlich aller Unkosten und des Gewinnes des Bäckermeisters beim Montag-Dollaraktus von 420 Milliarden das Brot 64,1 Milliarden!

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Kaufkraft des Geldes auf dem Weltmarkt in der Zwischenzeit etwas gesunken ist, erscheint die Preissteigerung für Roggen von etwa 18 M. im Frieden auf 20 M. in der Jetztzeit und die Steigerung des Brotes von etwa 60 auf etwa 65 Goldpfennig den Verhältnissen angemessen.

Der Mißgriff des 140-Milliarden-Brotpreises.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion richtet aus Anlaß der zu Anfang dieser Woche erfolgten Festsetzung des Brotpreises auf 140 Milliarden Mark und im Hinblick auf die in der Bevölkerung dadurch hervorgerufene Erregung folgende Anfrage an den Magistrat:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um Auskunft, nach welchen Gesichtspunkten die Preisprüfstelle für diese Woche den Brotpreis auf 140 Milliarden Mark ohne jede Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung für angemessen erklärt hat.

Große Mehlbeschlagnahmen.

Auf Anordnung der Reichsregierung wurden gestern von der Zuckerabteilung bei verschiedenen Firmen große Posten Mehl beschlagnahmt und zwar bei Salomon in der Mühlentstraße 8 1000 Sack Mehl, bei Lessor, Mühlentstr. 15/17, 260 Sack Mehl, bei Franke, Mühlentstr. 53, 1500 Sack Mehl

und bei Brohe, Am Ostbahnhof, 350 Sack Mehl. Ferner sind durch Beamte der Abteilung W. die Lagerräume des Expediteurs Meier, Kaiserin-Augusta-Allee 110, durchsucht worden. Es wurden beschlagnahmt: 26 Sack Weizenmehl, 1200 Sack Reis, 80 Sack Juder, 500 Paete Würfelzucker, 100 Risten Kunsthonig, 80 Sack amerikanisches Weizenmehl und 80 Sack Kartoffelmehl.

Die Beschlagnahme von Mehlvorräten bei den Mühlen und Großhändlern wird nach der Meldung der BS-Korrespondenz als ein „empfindlicher Fehlschlag“ bezeichnet. Die insgesamt von den Beamten festgestellten und in Sicherheit gebrachten Vorräte genügen lediglich dazu, den vierten Teil des Berliner Tagesbedarfes zu decken. Sollten die Verhältnisse auf der Berliner Produktbörse sich in den nächsten Tagen in der bisherigen Weise weiter entwickeln, wird von „eingeweihten Kreisen“ (!) mit einer in diesen Zeiten doppelt gefährlichen Mehl- und Brotnot gerechnet.

Gefährdung der Brotversorgung.

Die „Interessenten“ an der Arbeit. Die Verhältnisse auf dem Berliner Mehl- und Getreidemarkt spüren sich in einer Weise so, daß sofortige und durchgreifende Maßnahmen der Regierung notwendig sind. An der Berliner Produktbörse sind gestern infolge der Maßnahmen des Reichs-ernährungsministeriums Preise für Mehl und Getreide überhaupt nicht zustande gekommen.

Die Plünderungen in Berlin.

Im Laufe des gestrigen Tages sind die Plünderungen in Berlin fortgesetzt worden. Trotz des umfangreichen und aufreibenden Dienstes der Schutzpolizei konnte nicht in allen Fällen mit der wünschenswerten Schnelligkeit eingegriffen werden, da die Patronen- und Munitionsvorräte der Schutzpolizei unzureichend sind, um auf die Hilferufe von Geschäftsleuten wenigstens größere Ausschreitungen zu verhindern.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Item (e.g., Weizenmehl, Rindfleisch) and Price (e.g., 26-28, 110-150). Includes a section for 'Wochenlöhne in Berlin' with prices like 774, 6440, 715 1/2, 847.

auch zu einem neuen Mittel gegriffen, von dem das Kommando der Schupo sich gute Erfolge verspricht. Nach dem Muster der amerikanischen und englischen Polizei sind die Berliner Beamten am Dienstag nachmittag, an den besonders gefährdeten Plätzen mit Gummiknüppeln versehen worden, ohne daß natürlich die sonstige Bewaffnung vermindert worden ist.

Im Scheunenviertel

Am es in den Nachmittagsstunden wieder zu großen und teilweise sehr bedrohlichen Ansammlungen. Es hatten sich gestern nachmittag in der Umgebung des Scheunenviertels wieder viele Tausende angehäuft, die auf eine Gelegenheit zum Plündern warteten. Man verfolgt dabei, wie sich immer deutlicher feststellen läßt, die Taktik, die Polizei zu ermüden.

gewerksmäßige Verbrecher

befanden, wurden auf Lastkraftwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht und dort festgesetzt. Eine nicht geringe Anzahl der Festgenommenen entpuppte sich als alte Bekannte des Erkennungsdienstes und wurde hinter Schloß und Riegel gebracht. Trotz aller Bemühungen zerstreute sich die Menge jedoch in den späteren Nachmittagsstunden noch nicht und so war es nötig, nach wie vor starke Polizeikräfte in den meist bedrohten Straßen zusammenzuziehen.

In den Mittagsstunden des gestrigen Tages kam es in der oberen Friedrichstadt zu größeren Menschenansammlungen und in Verbindung hiermit zu wiederholten Plünderungen. Eine Menschenmenge von einigen tausend Personen durchzog die Friedrichstraße, drang in verschiedene Geschäfte ein und plünderte sie. Heimlich wurden Zigarettengeschäfte, Juwelierläden usw. auch den kleinen Zigarettenhändlern an den Straßenecken wurden ihre Vorräte entwendet.

Auch in anderen Stadtteilen ist es zu Plünderungen gekommen, die jedoch nicht den Charakter von größeren Aktionen trugen. In etwa 40 bis 50 Bäckereien, Schlächtereien, Zigarettengeschäften und Konfektionshäusern wurde Ware entwendet, wenn die Inhaber sich nicht freiwillig zur Herausgabe bereit erklären wollten.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Der Ofen wurde wärmer und Gesichter und Hände begannen jetzt von dem nebelrauben Frost auf dem Meer aufzuschwellen und zu brennen. Aber sie hatten zehn Tage lang von Rauchschieß, Kaffee und Brot gelebt, jetzt jedoch gab es gefochtes Essen, frischen Fisch, Beber, heiße Kartoffeln, — das mundete! Und sie aßen, sie wurden überhaupt nicht kalt, immer war noch Platz da.

Kristaver war auf dem Wege vom Telegraphenamt in den Kramladen gegangen, wo es wie gewöhnlich voll von Fischern gewesen war, und hatte Neugierigkeiten eingeholt. Es fehlte dies Jahr nicht schlecht aus, manche hätten schon zweihundert dreihundert Kabeljau bei einem Zug bekommen, und in den Bäuchen der Fische hätte man Kapelane gefunden.

Das war das erste Anzeichen dafür, wie es dies Jahr gehen würde, und sie verachteten sich ein Bild davon zu machen und sprachen eine Weile darüber, aber es fiel ihnen schwer, hier drinnen in der Wärme die Augen länger offenzuhalten.

Sie vermochten nur noch neues Stroh auf die Britschen zu legen und die Decken darauf zu werfen. Heute nacht konnten die Männer endlich die dicken Wollhosen und das Wams ausziehen, wenn sie sich zu Bett legten.

Die Lampe war ausgelöscht und sie lagen noch eine Weile wach und schwärmten und gähnten. Der Ofen war warm, und die feuchten Kleider und Stiefel, die zum Trocknen aufgehängt waren, verbreiteten einen strengen Geruch von Meerwasser, Schweiß und feuchtem Leder. Die Britschen waren feucht, die Felldecken kalt, aber sie schloßen ein in dem Gefühl, wieder unter Menschen und gewissermaßen zu Hause zu sein.

Die Wärme ließ nach, und es wurde kalt in der Stube. Die Nordlandsnacht strömte herein, und Kleider und Stiefel

am Ofen, die vorhin getropft hatten, begannen wieder zu frieren und steif zu werden.

Es wurde so kalt, daß der Atem wie eine hellgraue Wolke aus dem Munde der Schlafenden strömte.

Aber Lars träumte von der Mutter. Er war auf irgendeine Weise auf einem Schubkarren aufs Meer hinausgekommen, und der Karren sank immer tiefer unter ihm, und an Land stand die Mutter, warf ihm ein Tau zu und rief: „Lars, . . . siehst du nicht, daß ich dich retten will?“

Da rief der Vater von einer anderen Seite, er sah in einem Boot weiter draußen, er warf ihm auch ein Tau zu, und Lars sah sie und ließ sich zum Vater hinüberziehen. Aber die Mutter schrie so bang: „Lars . . . Lars . . . kümmerst du dich denn gar nicht mehr um deine Mutter?“

In der Nacht erwachte er frierend. Er lag neben dem Vater.

Dieser Fischerplatz lag auf verschiedenen Klippen, die sich am Fuße der schroffen Berge aus der See erhoben, und da über die Sunde keine Brücken führten, fuhr unaußhörlich kleine Boote hin und her.

Auf diesen Klippeninseln lagen mehrere hundert kleine Hütten mit Rasendach, überragt von der Kirche, dem Krankenhaus, dem Seemannsheim, sowie dem weißen Wohnhaus und dem langen gelben Speicher des „Platzkönigs“. In den Sunden und im Hafen wiegte sich ein Wald von Masten, da lagen Dampfer, Segelschiffe und große und kleine Boote.

Mehr als dreißig solcher Fischerplätze gab es auf den Lofotinseln, und in dieser Jahreszeit wäre sie alle wimmelnden Städten gleich. Hier waren Fischer von Norden und von Süden zusammengeströmt und überwinterten auf einem Küstenstreifen von einigen hundert Meilen.

Die Stavringer brauchten ein, zwei Tage, um sich einzurichten. Manche schwere Last wurde aus dem Boot in den vorbereiteten Raum des Hauses geschleppt. Die Rambahse mußte abgenommen werden, auch die hohen Riegen, diese Dinge brauchte man zur Hin- und Rückfahrt, hier aber wurden die kleineren Riegen in Gebrauch genommen, solange der Fang währte. Wenn alles getan war, mußte man erst einmal verschlafen, um Wind und Wetter zu betrachten, mit den Nordländern zu schwätzen und mit Bekannten einen Schnaps zu trinken.

Kristaver stand auf der Brücke und sah nach der „Robbe“ hinüber, die jetzt nach der Umtakelung Seite an Seite mit vielen anderen Booten in der Sunde lag. Die Boote streckten sich förmlich, als ruhten sie nach der langen Reise aus, einige hatten grüne Streifen, andere weiße, manche waren auch ganz mit brauner Leerfarbe gefrichen. Jedes Boot hatte seine Geschichte von Fischbänken und Fahrten durch Sturm und Nebel. Eines hatte Wohlstand heim zu den Seinen gebracht, ein anderes war gekentert und hatte in einer Nacht die Besatzung von sich abgeschüttelt und in die Wellen gemorfen. Jetzt aber sah es ebenso unschuldig aus wie die anderen auch. Die Nordlandsboote erschienen so schlank und leicht neben den Stavringer Booten, sie krümmten den Vordersteven, als würden sie den Kopf zurück, ehe sie in Sturm und See hineinschossen.

Die Stavringer waren schwerfälliger in den Linien und größer, aber wie sie so dalagen, schienen sie zu den Nordlandsbooten zu sagen: „Gibt es eines Tages Unwetter, so kannst du Gott danken, wenn du mich in der Nähe hast!“

Kristaver aber sah nur die „Robbe“ an. Es war zwischen ihm und dem Boot jetzt ein Verhältnis wie zwischen Pferd und Reiter. Es war, als erwartete er, das Boot müsse ihn temen und ihm entgegenwiehern.

„Ja, nun sind wir also glücklich angekommen, mein Junge. Und du hast dich auf der Nordlandsfahrt gut aufgehört. Aber kann man dir trauen? Du bist noch immer eigenförmig, und das müssen wir dir nehmen. Was meinst du, Alter?“

Er wendete sich um und ging in seinen leichten Landstiefeln zu den Häuserreihen hinüber. Der Geruch des Fischerplatzes ließ seine Knie erbeben, er machte ihn stets wieder so jung und weckte so viele Hoffnungen. Wenn es nun in diesem Jahre einen großen Fang gab . . .

Hier zwischen den Häusern wimmelte es von Seelenten, ehrlichen Bauernfiskern in dicken Fries und heimatlosen Matrosen, die aus Wasserstiefeln, Segeltuch und Bärten gemacht zu sein schienen. Hier hingen schon Fische auf Gerüsten vor diesem und jenem Hause, eine Tür öffnete sich und ein zottiger Kerl leert einen Topf aus, Köpfe, Gräten und Eingeweide von Fischen liegen überall, und hoch über den Dachern schweben graue und weiße Möwen und freischen. Ein dumpfes Dröhnen vom Meer herein liegt über dem Ganzen.

(Fortsetzung folgt.)

